



Protokoll

**23. Sitzung des Gemeinderates
Montag, 14. April 2009, 19:00 Uhr,
Gemeinderatssaal**

TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Konstituierung für das Amtsjahr 2008/2009
 - 3.1. Bestätigungswahl der Stimmenzähler
 - 3.2. Wahl des Präsidiums
 - 3.3. Wahl des 1. Vizepräsidiums
 - 3.4. Wahl des 2. Vizepräsidiums
- 4 Ersatzwahl Kommissionsmitglied für die restliche Amtsdauer 2006/2010
 - 4.1. Ersatzwahl Mitglied der Kommission Soziales und Gesundheit für die austretende Elsbeth Hürlimann
- 5 Zweckverband Spital Uster, Wahl eines Ersatzdelegierten für den Rest der Amtsdauer 2006/2010
(Antrag Nr. 202)
- 6 Zweckverband Kehrrechtverwertung Zürcher Oberland KEZO, Wahl eines Ersatzdelegierten für den Rest der Amtsdauer 2006/2010
(Antrag Nr. 203)
- 7 Villa am Aabach, Kreditgenehmigung und Kenntnisnahme Auftragsvergabe
(Antrag Nr. 189)
- 8 Schulhaus Krämeracker Neubau, Abrechnung Wettbewerbskredit
(Antrag Nr. 199)
- 9 Interpellation Nr. 546 des Ratsmitgliedes Thomas Wüthrich betreffend Qbus wohin? - Fragen zum stadträtlichen Strategieentscheid

- 10 Einzelinitiative Nr. 547 von Patricia Bernet betreffend «Änderung der Bau- und Zonenordnung, Vision Energie 2050»
- 11 Postulat Nr. 551 der Ratsmitglieder Simone Michel und Werner Hürlimann betreffend Förderung lokaler ProduzentInnen

Präsenz

Vorsitz	Werner Hürlimann, Präsident
Protokoll	Kathrin Lackner, Parlamentssekretärin
Anwesend	35 Ratsmitglieder (inkl. Präsident)
Stadtrat	Martin Bornhauser, Stadtpräsident Heinz Wolfensberger, Abteilungsvorsteher Finanzen Sabine Wettstein-Studer, Abteilungsvorsteherin Bildung Hans Streit, Abteilungsvorsteher Sicherheit Esther Rickenbacher, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Hansjörg Baumberger, Stadtschreiber
Entschuldigt	Pascal Bischof Thomas Kübler, Abteilungsvorsteher Bau
Verspätet:	Barbara Thalmann Stammbach, Abteilungsvorsteherin Soziales
Presse	Christian Brändli, AvU Werner Frei, ZO Frank von Niederhäusern, SDA Stefan Hotz, NZZ Eduard Gautschi, Tages-Anzeiger Ralph Künzle, Tele TOP

Der Präsident begrüsst die Vertreter der Medien und die Zuschauer auf der Tribüne.

Es erfolgt der Namensaufruf durch die Parlamentssekretärin.

Änderung Traktandenliste / Tagesordnung

4. Hier erfolgt nicht die Ersatzwahl für in die KBK und die Rechnungsprüfungskommission sondern in die Kommission Soziales und Gesundheit.
11. Das Traktandum «Postulat 551 der Ratsmitglieder Simone Michel und Werner Hürlimann betreffend Förderung lokaler ProduzentInnen wird aus Zeitgründen erst in der nächsten Sitzung behandelt.

1 Protokollabnahme

Das Protokoll der 22. Sitzung des Gemeinderates vom 17. März 2008 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 66 Ziff. 4 der Geschäftsordnung als genehmigt.

2 Mitteilungen

In der Aktenauflage liegen auf:

- Stadtratsbeschluss Rücktritt von Robert Alge (SVP), Wahl von Pascal Bischof (SVP)
- Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates, Sitzung vom 12. März 2008; Genehmigung der Gemeindeordnung der Stadt Uster (Volksabstimmung vom 25. November 2007)
- Präsidialverfügung Bezirksrat Uster, Rücktritt Gemeinderätin Elsbeth Hürlimann (SVP)
- Präsidialverfügung des Bezirkrates Uster vom 17. März 2008 betreffend Beschwerde Werner Kessler gegen Gemeinderat Uster in Sachen Einbürgerung Tefik Bajrami: Rückzug
- Ergänzung; Die Wahl von Pascal Bischof pascal bischof noch nichts rechtskräftig. Rechmittelfrist abgelaufen.

Persönliche Erklärungen:

- Keine.

Fraktionserklärung(en):

- Keine

3 Konstituierung für das Amtsjahr 2008/2009

3.1. Bestätigungswahl der Stimmenzähler

Der Präsident informiert, dass gemäss Artikel 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates die Stimmenzähler jedes Jahr zu bestätigen sind. Dies betrifft Stefan Feldmann, Andres Kunz und Walter Meier.

Der Präsident schlägt dem Parlament vor, über alle drei Stimmenzähler in einem abzustimmen.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst mit

32 Stimmen

Als Stimmenzähler für das Amtsjahr 2008/2009 werden Stefan Feldmann, Andres Kunz und Walter Meier gewählt.

Der abtretende Gemeinderatspräsident Werner Hürlimann blickt in seiner Rede auf das vergangene Amtsjahr

Herr Stadtpräsident, geschätzte Damen und Herren des Stadtrates, liebe Ratskolleginnen und –kollegen, geschätzte Medienvertreterinnen und –vertreter, liebe Ustermerinnen und Ustermer.

Das Gemeindeparlament von Uster hat mich vor einem Jahr zum Präsidenten für das Amtsjahr 2007–2008 gewählt. Ich hatte die Ehre, den Gemeinderat Uster im 80. Jahr seines Bestehens zu präsidieren. Ich konnte in diesem Jahr viele Vereine und Anlässe besuchen und engagierte Menschen kennenlernen. Ich durfte zudem die Spezialkommission präsidieren, die für Uster eine neue Gemeindeordnung erarbeitete, welche am 25. November 2007 von den Ustermer Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern genehmigt wurde. Auch die neue Geschäftsordnung des Gemeinderates wurde von dieser Spezialkommission erarbeitet und an der Sitzung vom 17. März 2008 vom Gemeinderat verabschiedet. Damit sind die Grundlagen für die Führung der Stadt Uster der neuen Kantonsverfassung angepasst. Die von uns gewählte Führung der Stadt nach NPM ist nun rechtlich abgestützt.

Die strategische Führung muss nun auch vom Gemeinderat vermehrt wahrgenommen werden. Was heisst, dass noch vermehrt mit politischen Instrumenten Aufträge erteilt oder Korrekturen angebracht werden müssen. Korrekturen in der Budgetphase zeigen erfahrungsgemäss wenig Wirkung. Die Fokussierung muss sich vermehrt auf die Ziele des Stadtrates und die Mehrjahresplanung ausrichten. Das neue Instrument Leistungsmotion ist eine zusätzliche Möglichkeit in dieser Richtung.

Es liegt zudem am Stadtrat, die Führungsverantwortung gegenüber der Verwaltung wahrzunehmen. Andernfalls wird die Stadt von der Verwaltung geführt. Die Verwaltung ist ein Dienstleistungsbetrieb der Stadt, der seine Dienste kundenfreundlich den Einwohnerinnen und Einwohnern anbietet.

Ich ermuntere alle Ratskolleginnen und Ratskollegen, ihre Aufgaben selbstbewusst anzugehen. Nur so hat die von mir hoch geschätzte Gewaltentrennung zwischen Gemeinderat, Stadtrat und Justiz in Zukunft ihre Wirkung. Die Macht der Medien als vierte Gewalt ist zudem nicht zu unterschätzen.

Ich wünsche meinem Nachfolger und dem Gemeinderat Uster auch nach 80 Jahren für die Zukunft alles Gute und eine glückliche Hand bei der Lösung der anstehenden Probleme.

Ich danke Ihnen.

3.2. Wahl des Präsidiums

Rolf Denzler schlägt namens der IFK Rudolf Locher (FDP) zur Wahl vor. Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Gemäss Art. 36, Ziff. 1, Abs. 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderates erfolgt die Wahl geheim.

Ergebnis der Wahl

Ausgeteilte Stimmzettel	35
Absolutes Mehr	18
Ungültige Stimmen	1
Leere Stimmzettel	6
Vereinzelte Stimmen	2

Als Präsident für das Amtsjahr 2008/2009 ist mit 26 Stimmen gewählt:

Rudolf Locher (FDP).

Im Anschluss an den Wahlgang übernimmt der neu gewählte Präsident die Leitung der Sitzung.

Rede **Rudolf Locher**:

.... Sie haben mich soeben zum Gemeinderats-Präsident von der Stadt Uster gewählt, ich danke Ihnen herzlich für Ihr grosses Vertrauen.

Es ist für mich ein sehr emotionaler Moment, die Wahl erleben zu dürfen und jetzt für ein Jahr dem Stadtparlament Uster vorzustehen. Uster wo sich vergrössert und optimistisch in die Zukunft lueget.

Ich danke ganz speziell, und das zuerst, meiner Frau Elsbeth, welche det auf de Tribune sitzt wo Sie doch so oft jetzt au d' Probleme vomene Gemeinderatspräsident ablose dörf oder muss und mich im Geschäft tatkräftig unterstützt. ich danke aber auch meinen Söhnen, zwee düent mich im Geschäft bereits vertreten und em Jüngste, dä isch jetzt grad im Militär. So chan ich mir im eigene Handelsbetrieb die nötiigi Zeit freihalte um all die Arbeite und Anlässe im kommenden Jahr könne z'gestalte.

Natürlich danke ich auch der FDP-Uster, welche mir Ihres grosse Vertrauen geschenkt hat.

Gerne denke ich auch zurück an meine Tätigkeit im Sportclub Nänikon und im Dorfverein Wermatswil, wo ich viele Jahre in den Vorständ mitgewirkt han.

Viele Projekte stehen uns bevor, der Weiterausbau vo de Schulen, die Gestaltung und Verbesserung von der Infrastruktur, die Bearbeitung von de Zentrumsentwicklung und Planung von den Verkehrsachse, d' Gestaltig vom einem attraktive Kulturlebe in Uster, die nutzungsorientierte Unterstützung vom Gewerbe und der Industrie, beides eine wichtige und mittragende Säule von unserer Gesellschaft, d' Beachtig von öisere Jugend und d'Pflege und Unterstützung von de ältere Mensche und Bedürftige.

Im Vordergrund stönd mir klar die guten Kontakte zu Ihnen, sehr geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte und zu Ihnen, sehr geehrter Herr Stadtpräsident und sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte.

Ebenso wichtig erachte ich die Zusammenarbeit von der Legislative mit der Verwaltung, ich denke da besonders an die Gespräche anlässlich von de Voranschläg und der Jahresrechnung.

Hervorheben möchte ich auch s' Mitwürke von unserem Parlamentarischen Dienstes, nämlich von unseren beiden Ratssekretärinnen Kathrin Lackner und Catherine Wenzel. Auch die Mithilfe von unser Weibel Markus Hauser und em Herr Weiss wüssed mir alle sehr z' schätzen.

Ganz besonders liegt mir der Kontakt mit der Bevölkerung, mit den Vereinen und den Institutionen am Herzen. Ich reserviere mir genügend Zeit, um die Veranstaltungen zu besuchen und so Kontakt zu schaffen. Gezielt möchte ich auf die Leute von Uster zugehen. Und ich bitte Sie, wann immer möglich, dies auch zu tüend.

Ich strebe an, dass wir zäme mit dem Stadtrat d' Ideen und d' Vorschläge aus der Bevölkerung, die Vorstösse aus dem Rat und die Verhandlungen und Diskussionen in den Kommission konstruktiv angehen, vertiefen und so zu guten mehrheitsfähigen Lösungen kommen. Das ist mein Ziel.

Politische Selbstdarstellung, das wär so min Wunsch, gilt's z'vermeiden, so weit, dass sogar emal die Andersdenkenden von einer guete Idee etwas abgewinnen können. Gute Ideen dürfen nicht mangels Mut unberücksichtigt bleiben.

Wir sind 36 Gemeinderäte und 7 Stadträte, wir können viel projekte und viel bewegen, also tun wir es doch auch! Ich rufe Sie auf, alle Möglichkeiten wahrzunehmen, die Entwicklung von Uster voranzutreiben, was nicht heissen will, alles Wünschbare umzusetzen, sondern die Waage zwischen den Wunsch und dem Mögliche im Gleichgewicht zu halten, gegenüberzustellen, Prioritäten zu setzen, eventuell zeitlich zu staffeln, Projekt auch einmal neuene Gegebenheiten anzupasse Oder sich sogar einmal antizyklisch verhalten.

Wünsche und Ideen bleiben immer genug, also tragen wir Sorg zu unsere grosse Verantwortung gegenüber dem Bürger, den Behörden aber au gegenüber dem Privaten, em Eigentum, der Selbstverantwortung und der Begeisterungsfähigkeit und dem guten Willen von unsere Ustermer Bevölkerung. eingeschlossen d' Aussenwachten, wo ich natürlich sicher nicht wird vergässe.

Natürlich, das weiss ich, vertreten wir gerne unsere Parteiparolen, unsere Parteiziele, aber dies sind ja nicht immer d' Ziele von Uster. Wir wissen genau, was Uster will. Oft zu genau, was dann dadezue führt, dass wir uns blockieren. Teilen wir uns mit, finden wir gemeinsam eine Lösung, die de Mehrheit und auch de Minderheite von der Bevölkerung nützed, dänn nur so können wir das Vertrauen von unsere Tätigkeit als Politiker stärke.

Alle Anwesenden, alle Gäste, alle Besucher auf der Tribüne sind grad anschliessend an die Wahl zumene von der Stadt Uster offerierten Aperitiv im Foyer eingeladen.

Natürlich habe ich veranlasst chöne, Ihnen Wein aus meinem Wohnort Wermatswil zu offeriere. En Weisswein vo einem vo de höchst gelegene Rebberge im Kanton Zürich. deet wo de Rebverein Wermatswil mit vielen Freiwilligen schaffed und Kontakte pflegt. Sie merken es, das ist der Anfang von meiner Idee, Uster noch besser kennenzulernen und Freundschaften zu schliessen. Eine schöni Überraschung wird Sie no später erwarten.

Ich danke Ihnen, sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Ihnen sehr geehrte Herr Stadtpräsident, Ihnen sehr geschätzte Stadträtinnen und Stadträte, den Presseleuten, den Zuschauern, den Gäst, meinen Bekannten und meiner Familie für die sehr geschätzte Aufmerksamkeit.

Ich freue mich auf dasAmtsjahr als Gemeinderats-Präsident von Uster.

Ihr Gemeinderatspräsident. Rudolf Locher

3.3. Wahl des 1. Vizepräsidiums

Rolf Denzler schlägt namens der IFK Claudia Geisenberger (SP) zur Wahl vor. Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Gemäss Art. 36, Ziff. 1, Abs. 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderates erfolgt die Wahl geheim.

Ergebnis der Wahl

Ausgeteilte Stimmzettel	35
Absolutes Mehr	18
Ungültige Stimmen	3 (andere)
Leere Stimmzettel	5
Vereinzelte Stimmen	1

Als 1. Vizepräsidentin für das Amtsjahr 2008/2009 ist mit 26 Stimmen gewählt:

Claudia Geisenberger (SP).

3.4. Wahl des 2. Vizepräsidiums

Rolf Denzler schlägt namens der IFK Jean-François Rossier (SVP) zur Wahl vor. Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Gemäss Art. 36, Ziff. 1, Abs. 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderates erfolgt die Wahl geheim.

Ergebnis der Wahl

Ausgeteilte Stimmzettel	35
Absolutes Mehr	18
Ungültige Stimmen	-
Leere Stimmzettel	1
Vereinzelte Stimmen	7

Als 2. Vizepräsident für das Amtsjahr 2008/2009 ist mit 27 Stimmen gewählt:

Jean-François Rossier (SVP).

Es folgt eine kurze Pause, während der die Presse die drei neu gewählten Vorsitzenden fotografiert.

Als Überraschung spielt eine Schülerin der KUSS (Violine) mit Klavierbegleitung zwei Musikstücke.

4 Ersatzwahlen für die restliche Amtsdauer 2006/2010

4.1 Ersatzwahl Mitglied der Kommission Soziales und Gesundheit für die abtretende Elsbeth Hürlimann

Rolf Denzler schlägt namens der IFK Pascal Bischof (SVP) vor. Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Der Gemeinderat beschliesst

mit 34 (einstimmig) Stimmen

**Als Mitglied der Kommission Soziales und Gesundheit für den Rest der Amtsdauer wird
mit Stimmen gewählt:**

Pascal Bischof (SVP).

**5 Antrag des Stadtrates betreffend Zweckverband Spital Uster,
Wahl einer/eines Delegierten für den Rest der Amtsdauer 2006/2010
(Antrag Nr. 202)**

Der vorliegende Antrag wurde von der Geschäftsleitung einstimmig gutgeheissen.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 34 Stimmen

- 1. Als Ersatzdelegierter in die Spitalbehörde für den Rest der Amtsdauer 2006/2010
wird gewählt:
- Thomas Rentsch, Abteilungsleiter Gesundheit**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

**6 Antrag des Stadtrates betreffend Zweckverband Kehrrechtverwertung Zürcher Oberland KEZO; Wahl eines Ersatzdelegierten für den Rest der Amtsdauer 2006/2010
 (Antrag Nr. 203)**

Der vorliegende Antrag wurde von der Geschäftsleitung einstimmig gutgeheissen.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 34 Stimmen

- 3. Als Ersatzdelegierter in die KEZO-Behörde für den Rest der Amtsdauer 2006/2010 wird gewählt:
 - Thomas Rentsch, Abteilungsleiter Gesundheit**
- 4. Mitteilung an den Stadtrat.**

7 Antrag des Stadtrates betreffend Villa am Aabach, Kreditgenehmigung und Kenntnisnahme Auftragsvergabe (Antrag Nr. 189)

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert **Marianne Siegrist**.

Information und Vorbesprechung des Antrags in der Kommission haben am 3. März und am 31. März 2008 stattgefunden. Am 3. März haben die beiden Gewinner des Wettbewerbs, Frau Monika Bühler und Herr Michael Gutscher im Beisein des Stadtpräsidenten Martin Bornhauser und des Kulturbeauftragten Herrn Boss ihr Projekt vorgestellt.

Stadtpräsident Bornhauser machte einen kurzen, v.a. finanzpolitischen Rückblick der Villa am Aabach-Geschichte der letzten Jahre. 2002 waren Fr. 426'000/Jahr im Budget, 2006 Fr. 380'000. Im November 2006 lehnte das Stimmvolk die Vorlage zur Überführung der Villa in eine privatrechtliche Stiftung im Verhältnis 60:40 klar ab. In der Vorlage enthalten waren jährliche Kosten von 346'600 sowie ein Beitrag von Fr. 400'000 als einmaliger Stiftungsbeitrag. Im jetzigen Antrag sind die jährlichen Betriebskosten mit 250'000 plus 50'000 Mietkosten beziffert.

Aufgrund der Abstimmungsanalyse wurde festgestellt: die Villa sollte offener, die lokale Verankerung stärker, die Besucherzahlen höher und die Kosten gleichzeitig tiefer werden. Dazu soll der Betrieb nicht mehr durch die Stadt geführt, sondern im Rahmen eines Auftrags mit Leistungskontrakt an einen Dritten vergeben werden.

Es wurde ein zweistufiger Wettbewerb ausgeschrieben – ein schweizweit einmaliges Unterfangen im Kulturbereich. Herr Boss sei an dieser Stelle herzlich gedankt für sein ausserordentlich professionelles Vorgehen im Neuland „Wettbewerb im Kulturbereich“. Die Ausschreibung basierte auf den Eingaben aus der Bevölkerung sowie einer Arbeitsgruppe, der neben Vertretern des Beirats Bildende Kunst die drei Fraktionen SVP, SP und FDP/CVP angehörten. Unter der Leitung von Stadtpräsident Bornhauser wurde das Siegerprojekt „Kunst-Service“ von Bühler/Gutscher vom selben Gremium auserkoren. Die beiden Sieger haben ihr Projekt an unserer Sitzung sympathisch und professionell präsentiert. Ein grosser Enthusiasmus gepaart mit Idealismus, aber nicht abgehoben oder unrealistisch, war aus den Worten heraus zu hören.

Die beiden möchten Kunst aus dem Rahmen herauslösen und in den Alltag tragen. Ihr Leitsatz lautet: How can art serve you? Wie kann Ihnen Kunst hilfreich sein? Sie möchten den Besuchern Kunst durch einen Dialog vermitteln. Sie werden das Gewerbe einbeziehen und mit ihrem Konzept einen nichtklassischen, nicht-elitären Ansatz wählen.

Im ersten Stock der Villa werden drei Ausstellungen pro Jahr gezeigt werden mit einer thematischen Ausrichtung, die in grössere Zusammenhänge gestellt werden. Als erstes Ausstellungsthema wird gem. Konzept „Haare und Ideen“ gezeigt werden.

Im Erdgeschoss werden jeden Monat neue lokale Kunstschaaffende ausstellen.

Der Gastrobereich wird ausgeweitet, jeden Mittag ist eine Suppenbar geöffnet, jederzeit kann in der Cafébar etwas getrunken werden. Zusätzlich gibt es Fine-food –Abende, eine Event-Küche zubereitet von Störköchen, mit Einbezug von lokalen Catering-Unternehmen, zum Teil mit Musik umrahmt. Im Sommer wird ein kleines Café im Garten eingerichtet.

Es wird auch Abende mit Rahmenprogrammen geben, Stichworte sind:

Philosophische Themen, Literaturtage, Weihnachtsprogramm.

Weiter ist ein Tag der offenen Ateliers von Künstlern in Uster geplant. Der Kooperation mit bestehenden Kulturinstitutionen wird ein hoher Stellenwert beigemessen. Private Events mit Rahmenprogramm und Verköstigung sind genauso möglich wie Kunstpädagogik für Schulen.

Die 140 Stellenprozente werden auf fünf Personen aufgeteilt. Es sind alles Berufsleute, die ihrem Wissen entsprechend eingesetzt werden. Die Villa wird während 35 Stunden pro Woche geöffnet sein. Ein bis zwei Personen werden jeweils präsent sein.

Fragen wurden gestellt zum Thema Sicherheit und Versicherung der Kunstgegenstände. Grundsätzlich sei die Versicherung Sache der ausstellenden Künstler.

Von der Kommission wurde angeregt, das Haus und den Weg dazu besser zu beschildern, ebenso die wenigen öffentlichen Parkplätze.

Am 31. März wurde der von der Kommission gewünschte und inzwischen in der Aktenauflage aufgelegte Leistungskontrakt diskutiert. Es wurde ein Antrag gestellt, das Geschäft Villa am Aabach nochmals zu vertragen, dieser Antrag wurde aber abgelehnt. Stadtpräsident Bornhaus hat darauf hingewiesen, dass der Kontrakt mit den Betreibern in der Kompetenz des Stadtrates liege, und klar ein operatives Geschäft sei, d.h. die KBK, bzw. der Gemeinderat kann davon Kenntnis nehmen. Im Leistungskontrakt mit den zukünftigen Betreibern sind die im Globalbudget 2008 – 2011 aufgeführten Leistungsziele formuliert. Zusätzlich sind Kennzahlen bzw. Indikatoren definiert. Im Anhang zwei des Kontrakts sind die in der Wettbewerbsausschreibung festgehaltenen Anforderungen an die Betreiber beschrieben. Diese Ziele zu erreichen stellen die Geschäftsrisiken der zukünftigen Betreiber dar. Die Anhänge sind Bestandteil des Kontrakts.

Der Kontrakt läuft von Juli 2008 bis Juni 2011 und ist beidseits nicht kündbar. Dies zum Schutz beider Vertragspartner, der Stadt und der Betreiber. Bei Nichterreichen der festgehaltenen Ziele durch die Betreiber kann die Stadt aber finanzielle Mittel zurückhalten. Die Betreiber müssen der Stadt einen Jahresbericht und die Jahresrechnung mit Revisionsbericht einreichen. Die Stadt übernimmt keine Defizite und verzichtet auf eine Gewinnabschöpfung. Bühler/Gutscher möchten die Wohnung in der Villa bewohnen. Dieser Vertrag ist mit dem Auftragsverhältnis gekoppelt und wird den Mietern separat in Rechnung gestellt. Das Mietrecht kann aber damit nicht ausgehebelt werden.

Die KBK hat den Antrag Nr. 189 mit 6:2 Stimmen angenommen und empfiehlt ihn dem GR zur Annahme.

*Für die Kommission Bildung und Kultur
Marianne Siegrist*

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Matthias Bickel**.

***Referat; Antrag des Stadtrates betreffend Villa am Aabach,
Kreditgenehmigung und Kenntnisnahme,
Auftragsvergabe (Antrag Nr. 189)***

*Sehr geehrte Präsidenten, sehr geehrte Stadträte,
geschätzte Ratskolleginnen und -kollegen,*

Die RPK wurde an ihrer letzten Sitzung durch Stadtpräsident Martin Bornhauser wie die designierten Betreiber Monika Bühler und Michael Gutscher über den vorliegenden Antrag in Kenntnis gesetzt. Diverse Fragen der anwesenden RPK-Mitglieder – vor allem in Bezug auf den Leistungskontrakt – wurden ausführlich beantwortet.

Der vorliegende Antrag stiess jedoch nicht bei allen RPK-Mitgliedern auf Gegenliebe: Zum einen wurde die Unkündbarkeit des Vertrages kritisiert, zum anderen komme der Antrag dem Wählerwillen zu wenig nach.

Die RPK nahm den Antrag im Verhältnis von 5:3 an.

Für die SP-Fraktion referiert **Maja Burger**.

Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Anwesende

Mit dem vorliegenden Antrag zur Villa am Aabach, Haus der Kunst bietet sich nach der Meinung der SP-Fraktion der Stadt Uster und ihrer Bevölkerung eine grosse Chance einen spannenden Ausstellungsort zu erhalten.

Eine Chance deshalb, weil einerseits mit der Villa am Aabach ein Ausstellungsraum zur Verfügung steht, der ein grosses Potenzial bietet und darauf wartet, weiterhin mit Kunst- und Kultur-Ausstellungen bespielt zu werden.

Auf der anderen Seite liegt mit dem Siegerprojekt ein Konzept vor, das durch seine Vielseitigkeit, klare Ausrichtung und seine Frische besticht. Dahinter stehen Herr Michael Gutscher und Frau Monika Bühler, welche auch die Führung der Villa am Aabach übernehmen werden. Sie verfügen gemeinsam über einen fundierten Wissens- und Erfahrungshintergrund. Sie überzeugen durch ihre grosse Offenheit, ihre klare Zielsetzung und die Begeisterung am Kulturvermitteln, welche im Gespräch mit ihnen jede Sekunde spürbar ist.

Zwei Punkte aus dem Konzept möchte ich speziell hervorheben. Sie stehen exemplarisch dafür, dass sich die Villa am Aabach neu und regionaler positioniert.

Der local corner bietet den regionalen Kunstschaaffenden einen ständigen Ausstellungsort. Das Kunstschaffen in und um Uster ist sehr vielfältig und vermag immer wieder ein grosses Publikum anzuziehen. Dies hat die Ausstellung „Zwischenspiel“ in der Villa am Aabach anfangs Jahr einmal mehr deutlich gezeigt.

Zudem ist eine Zusammenarbeit mit dem BIZ und dem lokalen Gewerbe geplant. Eine bessere Verankerung in der Region ist damit sichergestellt.

An dieser Stelle möchten wir von der SP-Fraktion aber noch einmal betonen, dass mit der Kürzung von ursprünglich 420 000 (Stand 2002) auf die heutigen 250 000 Franken plus Miete die absolute Limite, ja die Schmerzgrenze erreicht ist. Die Limite, um überhaupt noch einen qualitativ hochstehenden, professionellen Ausstellungsbetrieb gestalten zu können.

Trotzdem sind wir von der SP-Fraktion überzeugt, dass sich der Stadt Uster mit dem klugen Konzept und dem hochmotivierten Betreiberpaar eine einmalige Chance bietet.

Wir wollen diese Chance beim Schopf packen und stimmen der Vorlage vollumfänglich und mit grosser Begeisterung zu. Wir freuen uns auf die spannenden Ausstellungen ab Sommer 2008.

Maja Burger /April 2008

Für die FDP-CVP-Fraktion referiert **Cla Famos**.

Stellungnahme der FDP/CVP-Fraktion

Sehr geehrter Gemeinderatspräsident, sehr geehrter Stadtratspräsident, sehr geehrte Stadträte, liebe Kolleginnen und Kollegen

Unsere Fraktion hat den Antrag des Stadtrates genau geprüft und wird der Vorlage zustimmen.

Unsere Partei setzt sich für eine starke, vielfältige und attraktive Kultur in Uster ein. Wir sind überzeugt, dass Kultur ein wichtiger Standortfaktor ist. Dabei muss Uster in der Konkurrenz mit dem riesi-

gen Angebot in Zürich und mit anderen Standorten des Oberlandes sein eigenes Profil aufbauen. Das ist in den letzten Jahren nicht schlecht gelungen.

Mit dem Betriebskonzept, das nun vorliegt und in einem Kontrakt festgehalten ist, scheint uns die Grundlage gegeben, dass die Villa am Aabach wieder zu einem wesentlichen Teil des kulturellen Angebots der Stadt Uster werden kann. Wir danken allen Beteiligten für ihre Arbeit bei der Vorbereitung.

Das Konzept ist innovativ. Es verspricht eine Kultur mit Breitenwirkung und interessanten Verknüpfungen in andere Lebensbereiche. Damit entspricht das Konzept einem Trend, den wir heute auch andernorts in der Kultur feststellen können.

Wir setzen uns für eine kostengünstige Kultur ein, für ein optimales Verhältnis von Aufwand und Ertrag. Im Vergleich zum früheren Betriebskonzept konnte das Budget um etwa ein Drittel reduziert werden. Wir begrüßen ausdrücklich diesen Sparwillen und sagen: Weiter so. Wir brauchen einen starken, aber schlanken Staat.

Im Vorfeld hat man gehört, die Villa konkurrenzieren das lokale Gastgewerbe. Diese Ansicht (z.B. des Präsidenten des Gewerbeverbands) scheint uns krämerhaft und kurzfristig. Das Gegenteil ist nämlich der Fall. Durch attraktive Ausstellungen kommen schliesslich auch mehr Leute in unsere Restaurants. Zudem sind ja auch Kooperationen geplant (Störköche, Hauslieferungen, etc.)

Wir sind uns bewusst, dass das Parlament den allgemeinen Rahmen festlegt, während es in der Verantwortung des Stadtrates liegt, den Betrieb eng zu beaufsichtigen. Im Vertrag ist das vorgesehen, bis hin zu Beitragskürzungen. Das Konzept ist innovativ, aber nicht ohne Risiken. Wir haben uns deshalb im Vorfeld überlegt, die Laufzeit auf zwei Jahre zu kürzen, um schneller reagieren zu können, wenn sich die Dinge nicht gut entwickeln. Im Dienste einer sinnvollen Planung und des Aufbaus der neuen Villa verzichten wir darauf. Wir nehmen aber den Stadtrat in die Pflicht: Wenn das Projekt kein Erfolg wird oder sogar auf Abwege gerät, erwarten wir schnelle und klare, u. U. einschneidende Massnahmen vom Stadtrat.

Für die EVP/GLP-Fraktion referiert **Walter Meier:**

Antrag des Stadtrates betreffend Villa am Aabach, Kreditgenehmigung und Kenntnisnahme Auftragsvergabe (Antrag Nr. 189)

„Kultur ist alles, was der menschlichen Erfahrung einen Sinn verleiht“ (Renato Rosaldo).

Herr Präsident, geschätzte Ratskolleginnen und -kollegen

Die EVP/GLP-Fraktion nimmt zur Vorlage wie folgt Stellung:

- *Letztlich dank dem Entscheid der Familie Bartenstein, in Uster kein Bier mehr zu brauen, ist die Stadt Uster zur Villa Bartenstein gekommen, heute besser bekannt unter dem Namen „Villa am Aabach“.*
- *Seit rund 30 Jahren gehört dieses Haus der Kultur. Und über Sinn und Un-Sinn dieser Kultur kann man streiten. In diesem Fall ist die Auseinandersetzung endlos mit immer wieder neuen Akteuren.*
- *Vor ziemlich genau sechs Jahren hat das Parlament über das neue Betriebskonzept abgestimmt. Es gelang in der Folge Frau Höfliger, die Anzahl Ausstellungsbesucher zu erhöhen. Die Ausstellungen erreichten überregionale Bedeutung, den Usternern (resp. dem Ustermer Parlament) waren die Ausstellungen zu abgehoben.*
- *Der Stadtrat wollte dann die Villa am Aabach in eine Stiftung überführen und den Betrieb vom Parlament abkoppeln. Das Ansinnen fand zwar im Parlament eine Mehrheit aber keine Gnade beim Volk. Es sollte vor allem weniger kosten.*
- *Der Stadtrat hat dann mit den grossen Fraktionen im Parlament zusammen einen Weg aus der Abstimmungsniederlage gesucht: man einigte sich darauf, einen geeigneten Betreiber für die Villa*

am Aabach zu suchen. Dieser sollte mit einem fixen Betrag pro Jahr eine bestimmte Anzahl Ausstellungen organisieren.

- *Sieger des zweistufigen Verfahrens waren Frau Bühler und Herr Gutscher. Ihr Konzept hat die einstimmig Jury überzeugt. In dieser Jury sassen übrigens zumindest je eine Vertreterin resp. ein Vertreter der SVP, der FDP und der SP.*
- *Wer das Konzept von Bühler/Gutscher gelesen hat, kommt zum Schluss, dass es so umsetzbar ist und auch Erfolg verspricht. Frau Bühler und Herr Gutscher sind zwar noch nicht allzu lange Zeit in Uster ansässig; sie kennen jedoch die Künstlerszene gut und haben ein Team zusammen, das die Anforderungen, welche die Stadt stellt, erfüllen kann. Das Budget ist realistisch.*
- *Es braucht allerdings einigen persönlichen Einsatz und unternehmerisches Handeln, damit mit einem Budget, das rund 100'000 kleiner ist als das Budget, das Frau Höfliger jeweils zur Verfügung stand, die gewünschten Ausstellungen usw. stattfinden und die erwarteten Besucherzahlen auch tatsächlich in die Villa kommen.*
- *Die Zustimmung zum Kreditantrag ist die logische Folge der Ereignisse der letzten Monate und Jahre – und macht Sinn. Geben wir Frau Bühler und Herr Gutscher eine Chance.*

Die EVP/GLP-Fraktion sagt heute überzeugt JA. Wir hoffen, dass das Motto von Bühler/Gutscher „how can art serve you?“ uns alle hier im Saal erreicht.

Walter Meier, GR

Für die Grünen referiert **Thomas Wüthrich**.

Sehr geehrter Herr Präsident

Geschätzte Anwesende

Einmal mehr stehen wir vor einer Entscheidung zur Villa am Aabach. Die Grünen haben bislang die Bemühungen um die Weiterführung des Kulturbetriebs immer unterstützt, und sie werden es heute nicht anders halten. Die Grünen empfehlen, den Kredit in der Höhe von 900'000.- Fr. für den Kulturbetrieb in der Villa während der nächsten drei Jahre zu genehmigen.

Es ist offensichtlich. In den vergangenen zwei Jahren wurde viel um die Villa diskutiert, jetzt müssen wieder Taten folgen. Die Grünen sind überzeugt, dass die heutige Vorlage seriös, ja schon fast akribisch ausgearbeitet wurde, um all die verbalen Inputs der vergangenen Monate einfließen lassen zu können. So handelt es sich beim ausgewählten Konzept „Kulturgemeinschaftszentrum/Kunst-Service“ um ein ausgewogenes Konzept, das den Einbezug der Ustermer Bevölkerung und der lokalen Kunstszene forciert und damit vom bisherigen Kunstbetrieb radikal Abstand nimmt.

Die Kompetenzen des ausgewählten Betreiberteams versprechen eine pragmatische und praktikable Umsetzung des Konzepts. Ein Versuch lohnt sich in jedem Fall, auch dann, sollte das Projekt 2011 als gescheitert beurteilt werden. Das Konzept ist aber derart vielschichtig, dass es eine Umsetzung verdient.

Und im Falle eines Scheiterns steht möglicherweise ein nächstes Betreiberteam vor der Türe und möchte die Villa in seinem Sinne weiterführen. Und vielleicht entspricht ein ständiger Wandel in der Villa ja durchaus dem Zeitgeist. So kann auf veränderte Rahmenbedingungen und Bedürfnisse in Uster flexibel reagiert werden. Womöglich müssen wir in der Agglomeration tatsächlich Abschied nehmen von einem statischen Kunsttempel.

Wer unter diesen Vorzeichen nicht für den Kredit einsteht, der diskreditiert sich als Kunstverhinderer. Der will keine Kultur in Uster, die eine gewisse Öffentlichkeitswirkung hat. Und der will kein vielfältiges und damit attraktives Standortmarketing betreiben. Und vor allem verpasst er selber die Chance, in drei Jahren seinen Vorstellungen eines Kulturbetriebs im Rahmen einer Eingabe für die nächsten drei Jahre zum Durchbruch zu verhelfen.

Zur heutigen Vorlage einfach Nein sagen gilt nicht. Ein Nein hat weder etwas mit Kulturförderung noch mit dem Verbessern der Lebensqualität in Uster zu tun. Wer Nein sagt, steht nicht zu Uster und lässt die im Regen stehen! Deshalb sagen die Grünen Ja zu Uster und Ja zur Villa am Aabach.

Für die SVP-EdU-Fraktion referiert **Werner Egli**.

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren

Im Mai 2002 hatte der GR nebst der Genehmigung eines Betriebs- und Nutzungskonzeptes auch einer Betriebskostenfinanzierung von jährlich 427k Franken zuzustimmen. Von diesen 427k Franken wurden damals 263k Franken für Betriebskosten inkl. Miete und 164k Franken für das Modul Ausstellungen und Begegnungen eingesetzt.

Im uns nun vorliegenden Antrag Nr. 189 werden jährlich 300k Franken pro Jahr oder 900k Franken für drei Jahre beantragt. Davon entfallen gemäss dem uns vorliegenden Budget 243k Franken für Betriebskosten inkl. Miete und nur knapp 60k Franken für das Modul Ausstellungen.

Wie sie sofort erkennen können, werden trotz tieferem Gesamtkredit (gegenüber 2002) fast gleich viel Gelder für „sogenannte“ Betriebskosten ausgegeben. Für den eigentlichen Verwendungszweck, die Kultur, stehen dafür deutlich weniger, nämlich noch rund 1/3 der Gelder der vergangenen Jahre zur Verfügung.

Wenn schon Geld für kulturelle und vereinsmässige Belange investiert werden soll, dann sind bitte nicht 80% der Kreditmittel für Betriebskosten zu budgetieren.

Sie werden nun sagen, ein Betrieb benötigt Betriebsmittel – sonst könne ein erfolgreiches Geschäft nicht aufgebaut werden.

Wir sagen, dass gemäss dem vorliegenden Antrag erwähnt ist, dass mehr „unternehmerische Freiheit“ in das neue Konzept eingebracht werden müsse. „Unternehmerische Freiheit“ bedeutet aber auch „unternehmerische Verantwortung“ und ruft nach einer Mitbeteiligung bei Chancen und auch bei Risiken. Es ruft auch nach eigenem Kapital und somit einer deutlichen finanziellen Beteiligung der Betreiber!

Wenn nun die Stadt Uster den Betreibern für eine Dauer von drei Jahren jedes Jahr Fr. 250'000 auf deren Bankkonto überweist, dann ist hier nichts von unternehmerischer Mitwirkung zu erkennen. Die Stadt resp. die Steuerzahler dieser Gemeinde beteiligen sich nicht übernehmen sogar voll und ganz den Aufbau dieses Kunstgemeinschaftszentrums. Sehr viel Geld für erwiesenermassen wenig Investitionen in den Kulturbereich. Dafür werden die Löhne der Betreiber, der Freelancer, die Büro- und Raumkosten, die Miete, die Zeitschriften und Bücher, Fernseh- und Telefongebühren, die Homepage, Spesen und Sonstiges finanziert.

Sie werden nun sagen, dass der damalige „Konzeptwettbewerb Villa am Aabach“ zur Auswahl und zum Entscheid für das uns nun vorliegende „Kunstgemeinschaftszentrum / Haus der Kunst“ geführt hätten. Dabei sei auf die im Wettbewerb aufgeführten Anforderungsprofilpunkte wie Innovation und Fachkompetenz eingegangen worden. Auch bei den Entscheidungskriterien habe man mit Beurteilungspunkten wie Rollenverständnis, Sensibilität, Wirkungskraft, Vermittlungspotenzial oder Ausstellungsprogramm geachtet. Dank vorzüglicher Präsentation und hoher Fachkompetenz sei der Zuschlag dem Team Bühler/Gutscher erteilt worden.

Wir sagen, dass ein solches Projekt auch auf seine Wirtschaftlichkeit und somit Realisierbarkeit für einen längeren Zeithorizont geprüft werden muss. Da kann es nicht angehen, dass in einem dreissigseitigen Konzeptvorschlag eine einzige Seite den Finanzen resp. einem Einjahresbudget gewidmet wird. Wenn schon ein dreijähriger Kredit gesprochen werden soll, dann erwarten wir auch eine Mehrjahresplanung. Dem Stadtrat oder dem Verfasser des Antrages war oder ist der Bereich „Finanzielles“ gerade mal vier Zeilen im Gesamtantrag von vier Seiten wert.

Wir vermissen ganz klar ein Finanzierungskonzept, eine mehrjährige Budget- und Liquiditätsplanung und auch eine Chancen/Risikoanalyse.

Der mit den Betreibern ausgehandelte Kontrakt ist unkündbar und dauert somit jedenfalls die volle Laufzeit von drei Jahren. Die Stadt will zudem keine Defizite übernehmen. Wie wurde denn geprüft, ob das Betreiberpaar in der Lage ist, ein allfälliges finanzielles Defizit zu tragen? Was passiert beispielsweise, wenn die budgetierten Einnahmen von rund Fr. 55k aus Eintrittseinnahmen oder Umsätzen Gastrobetrieb und Kiosk nicht fliessen? Wer zahlt dann das Manko? Liegen dem Stadtrat entsprechende Unterlagen und eine Bonitätsprüfung der Betreiber vor? Aufgrund der geführten Diskussionen in Kommission und RPK ist eine solche Wirtschaftlichkeitsprüfung nie vollzogen worden.

Wenn sie diesen Kredit nun bewilligen, dann finanzieren wir einen wohl selbständig geführten Betrieb (die Geldüberweisungen an die Betreiber von jährlich Fr. 250'000 in drei Zahlungsraten bestätigen dies ja deutlich) aber müssen sofort feststellen, dass es sich um eine „Alibi-Selbständigkeit“ handelt. Oder „unternehmerische Freiheit“ gesponsert by „Steuergelder der Ustermer Bevölkerung“. Wir konkurrenzieren dabei auch das lokale Gewerbe. Wenn der Stadtpräsident zit. „von einer Küche spricht, wie sie auch in normalen Wohnungen zu finden sei“, dann soll er uns doch erklären, ob in normalen Wohnungen auch ein „Gastroprogramm“ wie Mittwochlunch's, Cüplifreitage und Sonntagsbrunch's mit teilweisem Cateringbetrieb vollzogen werden. Worldmusic & Tapas, Klassik & Sushi und Jazz & Grill sind vermutlich auch nicht in jedem Normalhaushalt anzutreffen!

*Wir bitten Sie dringend, diese Kreditvorlage abzulehnen und danken für ihre Unterstützung! Sollte die Kreditvorlage jedoch durch diesen Rat angenommen werden (wir werden das ja in Kürze erfahren), dann beantragen wir an dieser Stelle eine Zusatzabstimmung. Der Rat soll heute entscheiden, ob diese Vorlage resp. der Beschluss des GR einer Volksabstimmung unterstellt werden soll. Falls der Rat diesem Antrag für eine Volksabstimmung nicht entsprechen wird, melden wir auch an dieser Stelle verbindlich **das Referendum** gegen einen allfällig zustimmenden Kreditbeschluss des GR an.*

Wir danken für Ihre Unterstützung und stehen für Fragen gerne zur Verfügung!

SVP/EDU-Fraktion
gez. Werner Egli, Gemeinderat

Stadtpräsident **Martin Bornhauser** nimmt Stellung.

Allgemein

Nach dem negativen Volksentscheid habe ich mich mit Vertretern der drei grossen Fraktionen an einen Tisch gesetzt. Gemeinsam haben wir das Wahlergebnis analysiert. Die neue Villa sollte offener, die lokale Verankerung stärker, die Besucherzahlen höher und die Kosten gleichzeitig tiefer werden. Als die Vertreter der Politik klar zum Ausdruck brachten, dass die Villa auch nach der Abstimmung ein Ort der Kunst bleiben soll, haben wir eine öffentliche Umfrage zur Zukunft der Villa veranstaltet. Es gingen über 40 Vorschläge ein.

Dann habe ich eine Arbeitsgruppe zusammengestellt, bestehend aus den Gemeinderäten Elsbeth Hürlimann, Marianne Sigrist und Reto Dettli, sowie den Mitgliedern des BBK (Beirat Bildende Kunst) Frau Karin Plaschy, Frau Kathrin Frauenfelder und Herr Werner Reichle. Wir haben aus dem Ergebnis der Wahlanalyse und der öffentlichen Umfrage die Zielsetzungen für eine künftige Villa am Aabach formuliert.

In der Folge haben wir einen zweistufigen Wettbewerb durchgeführt und aus 10 verschiedenen Projekten das Beste bestimmt. Es ist dasjenige von Bühler/Gutscher. Wir gaben ihm den Vorzug, weil es die Villa am Aabach zu einem Ort der Begegnung und des Gesprächs machen wird. Weil sie beabsichtigen mit «Kunst zum Anfassen» auf die Bevölkerung zugehen. Ihr Konzept mit einem nichtelitären Ansatz vollzieht den wohl radikalsten Abschied von der alten Villa.

In der Folge haben wir mit Bühler Gutscher den Ihnen vorgelegten Leistungskontrakt erarbeitet. Er stützt sich auf den Leistungsauftrag, den Sie uns erteilt haben und auf das Anforderungsprofil des Wettbewerbsprogramms.

Wahlanalyse

Die Nein-Stimmen addierten sich aus:

- *Personen, welchen die Einlage von Fr. 400'000 und Betriebskosten von Fr. 346'000 zu teuer erschienen;*
- *aus grundsätzlichen Gegnern von staatlich subventionierten Kulturbetrieben;*
- *Personen, welche die Kultur nicht privatisieren wollten, sonder Kultur als öffentliche Angelegenheit ansehen;*
- *Personen, welche mit der elitären Ausrichtung der Villa und der Führung der damaligen künstlerischen Leitung (Yvonne Höfliger) nicht einverstanden waren;*
- *Leute, die den Versprechungen der SVP Glaube schenkten, man sei nicht grundsätzlich gegen die Villa am Aabach und die eine neue, volksnähere Vorlage erwarteten.*

Subventioniertes Café

Zuerst zu den Fakten

Bühler/Gutscher planen, den Villa Besuchern im Parterre und Garten Getränke zu verkaufen; an fünf Tagen über Mittag auch eine Suppe. Ein-/vielleicht zweimal im Monat wird Kunst und Essen verknüpft. Das Essen wird nicht selber zubereitet werden, sondern von lokalen Cateringunternehmen bezogen und von Störköchen zubereitet.

Konkurrenz

Wenn die Abgabe von Suppe als echte Konkurrenz für unserer ca. 50 Restaurationsbetriebe bezeichnet wird, dann wundere ich mich schon etwas. Eigentlich ist es eine blanke Verhöhnung der Leistungsfähigkeit unseres örtlichen Gastgewerbes. Und wenn der Präsident des Gewerbeverbandes bereits heute weiss, dass die Preise im Villa Café 60% unter Marktpreis liegen, dann wundere ich mich noch mehr, woher er diese Zahlen hat.

Im übrigen muss ich an den Leistungsauftrag erinnern, den Sie uns auferlegten. Es heisst da: «Die neue Villa am Aabach und ihr erweitertes Gastroangebot sind ein beliebter Treffpunkt für Begegnungen und werden entsprechend genutzt». Man kann dem Stadtrat nicht den Auftrag geben, das Gastroangebot zu erweitern und dann die Gelder dafür streichen!

SVP

Wenn die SVP zum Kredit generell nein sagt, dann kann ich dies durchaus akzeptieren. Etwas Mühe habe ich, wenn sie die Vorlage mit Scheinargumenten bekämpft. Statt gerade hinzustehen und zu sagen, wir wollen in dieses kulturelle Projekt kein Geld stecken, wird zuerst das Projekt verzögert, dann die Bonnität der Betreiber angezweifelt und jetzt eine scheinbare Konkurrenz zum den örtlichen Gastrobetrieben konstruiert.

Finanzen

2002: Fr. 426'000

2006: Fr. 380'000

Weisung zur Volksabstimmung: Fr. 346'000

neue Vorlage: Fr. 300'000

Ihr Wille und der Volkswille war es, die neue Villa offener zu gestalten, die lokale Verankerung zu stärken, die Besucherzahlen zu erhöhen und dies alles bei tieferen Kosten. Wir haben die Quadratur des Zirkels geschafft und Ihnen das vorliegende Projekt präsentiert. Es verspricht Erfolg und wird die kulturelle Szene nachhaltig bereichern, das Haus der Bevölkerung öffnen, den Standort Uster aufwerten.

Es referiert **Balthasar Thalmann**.

Er sei ein schlechtes Gefühl nicht los geworden, dass der Gewerbeverband instrumentalisiert wurde, in dem er in der Zeitung verlauten lies, die Villa sei eine Konkurrenz zum lokalen Gewerbe. Schade sei es, weil die Stadt Uster den Gewerbeverband als Partner Sieht. Wenn überhaupt eine Konkurrenz – dann eine sehr kleine, wie sonst könnte man die Konkurrenz der Cafeteria im Hallenbad begründen? Die Weihnachtsbeleuchtung sei ja auch nur im Zentrum – dies gebe einen «verzerrten Wettbewerb», wie auch der Gestaltungsplan welcher ein Verkaufsgeschäft in der Landwirtschaftszone zulasse. Es sei schade, wenn die SVP mit einem Referendum drohe.

Stadtpräsident **Martin Bornhauser** danke der Kommissionsreferentin Marianne Siegrist für das ausgezeichnete Referat welches die Geschichte der Villa gut erzählt. Er dankt auch für die wohlwollende Aufnahme der Mehrheit der Ratsmitglieder. Er frage sich, ob Werner Egli die gleiche Vorlage habe wie er. Eine allfällige Konkurrenzsituation gegenüber dem Gewerbe beschränke sich auf die Getränke, Suppe und zwei mal pro Monat ein Essen – dies als echte Konkurrenz von Usters 50 Restaurationsbetrieben zu bezeichnen sei doch eine blanke Verhöhnung des lokalen Gewerbes. Erstaunt habe ihn auch, dass der Präsident des GV schon heute wisse, dass die Preise in der Villa 60% unter denjenigen des Gewerbes lägen? Der Stadtrat erteile einen klaren Leistungsauftrag und könne doch dafür nicht einfach das Geld wegnehmen.

Werner Egli bekräftigt, dass der Gastrobetrieb für die SVP nicht das einzige Argument sei. Es bestehe in Missverhältnis zwischen Betriebskosten und Kultur. Der Gastrobetrieb müsse einen Anteil an eigenem Risiko enthalten – es dürfe nicht der ganze Betrieb subventioniert werden. Er vermisse ein eigenes Risiko der Betreiber.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 23 : 11 Stimmen

- 1. Für den dreijährigen Betrieb der Villa am Aabach wird ein Kredit von CHF 900'000 genehmigt (CHF 250'000 p.a. für Auftrag plus CHF 50'000 p.a. für Miete/NK).**
- 2. Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von der Vergabe des Auftrags an Monika Bühler und Michael Gutscher, die Villa am Aabach nach den Vorgaben eines Leistungskontraktes während drei Jahren zu betreiben.**
- 3. Mitteilung an den Stadtrat.**

Antrag SVP/EVP-Fraktion:

Bei Annahme der Vorlage solle der Rat ein ausserordentliches obligatorisches Referendum (nach Gemeindeordnung Stadt Uster, Art. 13, Abs 1 a) beschliessen.

Abstimmung:

Der Gemeinderat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion mit

mit 23 : 11 Stimmen

ab.

8 Antrag der Primarschulpflege betreffend Schulhaus Krämeracker Neubau, Abrechnung Wettbewerbskredit (Antrag Nr. 199)

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Rolf Graf**.

An der Sitzung vom 12. Februar 2008 genehmigte die Primarschulpflege die Abrechnung des Wettbewerbs für den Neubau Schulhaus Krämeracker von CHF 291'451.05 und damit Kostenüberschreitung von CHF 31'451.05 und überweis diese via Stadtrat an den Gemeinderat. Sowohl Schulpflege wie Stadtrat beantragen die Abrechnung zu genehmigen.

Der RPK Präsident wies mir dann die Abrechnung zur Überprüfung zu und ich berichte nun über das Ergebnis der Revision sowie die Beratung in der RPK vom letzten Montag

Zur Ausgangslage:

Der Gemeinderat bewilligte zur Durchführung des Wettbewerbs einen Kredit von CHF 260'000. Die Primarschulpflege beauftragte in der Folge die Abteilung Liegenschaften mit der Durchführung des 2-stufigen Projektwettbewerbs.

Gewonnen hat den Wettbewerb – wie wir ja in der Zwischenzeit alle wissen - das Projekt „Fliegendes Klassenzimmer“. Leider hat das Siegerprojekt das Handikap, dass es teurer als vorgesehen ist. Um diesem Projekt jedoch eine reelle Chance vor dem Parlament und vor allem vor der Bevölkerung zu geben wurde ein Fachplaner beauftragt eine grössere Kostengenaugkeit zu erreichen. Die Kosten für diesen Fachplaner von CHF 31'742 wurde durch Präsidialbeschluss des Schulpflege billigt.

Zur Abrechnung:

Die Primarschulpflege rechnet Kosten von CHF 291'451.05 zulasten des Verpflichtungskredits „Wettbewerb“ ab. Ich habe diese Belege geprüft, sie sind alle korrekt kontiert und visiert und geben zu keinerlei Beanstandung Anlass. Auf den Verpflichtungskredit „Wettbewerb“ wurden jedoch noch andere Rechnungen des Schulhausneubaus Krämeracker verbucht. Die wurden dann ausgeschieden, da es sich dabei um Vorleistungen zulasten des Projektkredits handeln würde. Ich habe natürlich auch diese Abgrenzungen überprüft, mich aus administrativen Gründen aber für die beiden grössten Beträge konzentrieren müssen.

Dabei hat sich gezeigt, dass von der Abrechnung GF Liegenschaften zusätzliche CHF 1'200 und von der Architektenrechnung CHF 11'500 also insgesamt CHF 12'700 nicht dem „Projekt“ belastet werden kann, sondern durch den Wettbewerb verursacht worden sind und daher auch über das Konto „Wettbewerb“ abgerechnet werden müssen.

Die Details haben Sie ja aus meinen Revisionsbericht entnehmen können, der Ihnen vom Ratssekretariat zugestellt worden ist.

Ich habe daher in der RPK den Antrag gestellt, die von der Primarschulpflege für den Wettbewerb abgerechneten CHF 291'451 um CHF 12'700 auf CHF 304'151.05 zu erhöhen. Dies führt dann zu Kostenüberschreitungen von CHF 44'151.05 oder 17%.

Nach wie vor ist das Einschaltens Fachplaners Hauptgrund für die Kostenüberschreitung. Dennoch ist klar, dass 17% bei einem Bauvolumen von 25 Mio. eine Kostenüberschreitung von CHF 4,25 Mio. geben würde. Dies gilt es unbedingt zu vermeiden.

Ich habe während meiner ganzen Revisionszeit im regen Mailverkehr mit der Primarschule und der Stadträtin Sabine Wettstein gestanden, und sie laufend über meine Ergebnisse und Absichten informiert.

So hat dann Stadträtin Wettstein in der RPK Sitzung festgehalten, dass die Kosten korrekt abgegrenzt worden seien. In einem solchen Verfahren sei es so, dass ein Stichtag festgelegt werden würde und dieser sei entscheidend, ob auf das Konto „Wettbewerb“ oder „Projekt“ gebucht werden müsse. Die Abgrenzungen seien zudem im Detail mit der Bauherrenvertretung der Liegenschaftenverwaltung der Stadt Uster vorgenommen worden.

Nun ist es aber so, dass der Stichtag aus der Abrechnung nicht ersichtlich ist, da sowohl vor der Rechnung des Architekten wie auch danach auf das Konto Wettbewerb gebucht worden ist. Zudem sind auf den von mir überprüften Rechnungen die Leistungen detailliert aufgeführt, und ich habe mich ausschliesslich auf diejenigen Positionen beschränkt, die die Bezeichnung „Wettbewerb“ tragen, so dass gar kein Stichtag für eine Abgrenzung erforderlich ist.

Die RPK hat in der Folge auch meinem Änderungsantrag mit 8 : 0 zugestimmt.

Ein RPK-Mitglied hat dann noch eingewendet, dass die Mehrkosten nicht in erster Linie durch den Fachplaner entstanden seien, sondern viel mehr dadurch, dass ein Projekt den Wettbewerb gewinnen konnte, dass die Wettbewerbsbedingung der Kosten gar nicht erfüllt hätte. Erst dadurch sei das Einschalten des Fachplaners erforderlich gewesen. Und ihn würde daher vor allem interessieren, wie künftig solche Entscheide vermieden werden können. Zur Beantwortung dieser Frage waren jedoch an diesem Abend nicht die richtigen Personen anwesend.

Neben all der Kritik möchte ich mich aber auch bei der Primarschulpflege bedanken. Zum einen über die äusserst kooperative Zusammenarbeit während meiner Revision und zum anderen für die Zeitnahe Erstellung der Abrechnung.

Doch kommen wir zurück zum Antrag:

Die RPK hat die Abrechnung mit der erwähnten Korrektur von CHF 12'700 einstimmig genehmigt, und empfiehlt Ihnen dies auch zu tun.

Sie haben meinen Revisionsbericht erhalten, zudem liegt Ihnen der Änderungsantrag der RPK vor.

Die RPK beantragt ihnen den Punkt 1 des Antrages 199 wie folgt zu ändern: Ich zitiere:

- 1. Die Abrechnung über den öffentlichen Wettbewerbs des Neubaus Schulhaus Krämeracker von Fr. 304'51.05 (inkl. MwSt.), mit einer Kostenüberschreitung von Fr. 44'151.05, wird genehmigt.*

Und dann, die Abrechnung zu genehmigen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Änderungsantrag Rechnungsprüfungskommission:

Die Abrechnung "Wettbewerb" sei um CHF 12'000 zu erhöhen, was zur folgenden Änderung des Punktes 1 führt: Die Abrechnung über den öffentlichen Wettbewerb des Neubaus Schulhaus Krämeracker von Fr. 304'151.05 (inkl. MwSt.), mit einer Kostenüberschreitung von Fr. 44'151.05, wird genehmigt.

Abstimmung Änderungsantrag RPK:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 34 : 0 Stimmen

den Änderungsantrag gutzuheissen.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 34 : 0 Stimmen

- 1. Die Abrechnung über den öffentlichen Wettbewerb des Neubaus Schulhaus Krämeracker von Fr. 304'151.05 (inkl. MwSt.), mit einer Kostenüberschreitung von Fr. 44'151.05, wird genehmigt.**
- 2. Mitteilung an die Primarschulpflege**

**9 Interpellation Nr. 546 des Ratsmitgliedes Thomas Wüthrich betreffend
«Qbus wohin? - Fragen zum stadträtlichen Strategieentscheid»**

Es referiert der Interpellant **Thomas Wüthrich**.

*Sehr geehrter Herr Präsident
Geschätzte Anwesende*

Die Ereignisse um den Entscheid des Stadtrates, den Standort Qbus für den Kulturbetrieb mittelfristig aufzugeben, zeigen zweierlei:

- private Initiative im Kulturbereich hat nicht das Ansehen, das sie verdient, wird gering geschätzt und entsprechend wird kommuniziert.*
- In der Ustermer Kulturpolitik fehlt eine klare Vision, nur so ist der Informations-GAU im Zusammenhang mit dem Qbus zu erklären.*

Beginnen wir am 31. Januar: für den Stadtrat hat der Qbus als Veranstaltungsort an seinem jetzigen Standort keine Zukunft mehr. Sich für einen Verbleib im Qbus einzusetzen, sei Sache der Hauptnutzer.

Einen Tag später, am 1. Februar, wird das Rückzugsgefecht langsam eingeleitet. Nach dem absoluten No-Go vom Vortag hat der Stadtpräsident bereits drei Varianten anzubieten: Entweder kümmere sich die Stadt um eine Verlängerung des Mietvertrags, oder dies machten die Hauptnutzer des Qbus, oder - als dritte Möglichkeit – die Stadt suche anderswo ein Provisorium; laut Martin Bornhauser die schlechteste Variante.

In der ersten Märzwoche kommt Bewegung in die Sache: Der Stadtrat und der Kulturbeauftragte suchen das Gespräch mit den Hauptnutzern, führte Gespräche mit den Arealbesitzern und er gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass der Mietvertrag sogar bis 2012 verlängert werden könne. Eine Zwischenlösung – z.B. im Zeughaus – ist inzwischen schon zur zweit besten Variante mutiert.

Und am 18. März – bei der Entgegennahme von 1'500 Unterschriften zu Gunsten des Qbus – kann der Stadtpräsident verkünden, die Stadt habe jetzt den Mietvertrag um ein Jahr bis 2010 verlängern können.

Ende gut, Alles gut? Mitnichten. Haben wir in einem Jahr dasselbe Theater noch einmal? Hoffentlich nicht. Und hoffentlich wendet der Stadtrat nicht in anderen Geschäftsfeldern dieselbe Kommunikationsstrategie an: Zuerst den Dampfhammer sausen lassen, um alle zu schocken, und dann nach und nach in die Rolle des Retters schlüpfen, der es gerade noch einmal hingekriegt hat. Nein, diese Art von Meinungsführung ist alles andere als Vertrauen fördernd. Mit einer bürgernahen Politik hat dies wenig gemein.

Und wie gesagt, mit Unternehmern liesse sich so nicht umspringen. Betroffene Firmen würden das Weite suchen und Uster verlassen. Dies wollen und können die Ustermer Kulturveranstalter aber nicht.

Um so mehr, ist die Beantwortung der Interpellation dringlicher denn je. Mit der Antwort soll den betroffenen Vereinen und Veranstaltern aufgezeigt werden können, dass die Kultur ein zentrales Element der Ustermer Politik ist.

Denn der Stadtrat wird nicht umhin kommen, die Zukunft des Qbus in einen grösseren, lokalen kulturpolitischen Rahmen zu stellen. Dann erfahren wir Bürgerinnen und Bürger im Überblick, was der Stadtrat in seiner Klausur erarbeitet hat. Vor- und Nachteile von Lösungsvorschlägen interessieren. Wie wäre zum Beispiel das Kleintheater Qbus konzeptionell in den Stadthofsaal eingebettet? Oder soll eine Kopie des Nouvel'schen Würfels zu Murten das Gefecht zugunsten des Qbus auf dem Zeughausareal entscheiden?

Das Gespräch werde mit den Beteiligten gesucht, verspricht der Stadtrat. In diesem Sinne ist auch der Gemeinderat nicht nur über die Medien zu informieren.

Ich danke Ihnen für die Unterstützung der Interpellation.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 17 Stimmen

Die Interpellation dem Stadtrat zur Auskunftserteilung zu überweisen.

Infolge der Dringlichkeit bittet Stadtpräsident Martin Bornhauser, die Interpellation mündlich zu beantworten. Der Interpellant ist damit einverstanden.

Martin Bornhauser beantwortet die Interpellation wie folgt:

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte.

Ich möchte - wenn Sie einverstanden sind - die Interpellation von Thomas Wüthrich, in Anwendung von Artikel 49 Ziffer 2 Ihrer Geschäftsordnung, sofort mündlich beantworten:

Zuerst zum Allgemeinen:

Die Stadt Uster konnte am 01. November 2001 das Gebäude des Qbus von der Aktiengesellschaft «Brunner & Co» bis zum 31. Dezember 2004 mieten. Die Stadt gab die Räume im Rahmen von Untermietverträgen weiter ans Kino2 sowie an Acoustic . Der Stadtrat bewilligte überdies für bauliche Investitionen 140'000 Franken. Ferner bewilligte er einen Betriebskredit für die Dauer von drei Jahren von 274'050 Franken. Die Kosten für die Erstausrüstung des Qbus in Höhe von 127'000 Franken wurden von der Zangger-Weber-Stiftung übernommen.

Dank dem ausserordentlichen Engagement der Untermieter und der grosszügigen finanziellen Unterstützung wurde der «Qbus» rasch zum beliebten Treffpunkt von Cineasten, Musikfans und Kulturliebhabenden der Stadt Uster, ja der ganzen Region.

Aber, es war allen Beteiligten von Beginn weg klar, dass es sich beim Qbus um ein Provisorium handelt. Zwar konnte nach Ablauf des ersten Mietvertrags das Mietverhältnis um weitere 15 Monate verlängert werden. Und es folgten weitere Verlängerungen von jeweils einem Jahr für 2006/07, 2007/08 und 2008/09. Aber es bleibt ein Provisorium.

Doch nun zur Beantwortung Ihrer Fragen:

Frage 1:

Was sprach für den Stadtrat dagegen, dass aus dem Provisorium Qbus eine definitive Kulturstätte in Uster wird?

Antwort:

Die Eigentumsverhältnisse! Der Qbus war von Beginn weg als Provisorium gedacht. Die Unsicherheit betreffend der Pläne der Eigentümerin hing wie ein Damoklesschwert über dem Gebäude. Mit der Entlassung des Grundstücks aus dem Plan öffentlicher Bauten und Anlagen durch Ihren Entscheid vom 10. September 2007 wurde diese Problematik offensichtlich und aktuell.

Der Stadtrat weiss, dass die Eigentümerin - wenn sie bei der Überbauung ihres ganzen Geländes den Qbus überhaupt stehen lassen will - den Qbus neu- oder umbauen will. Aufgrund diverser Bauvorschriften kann der Qbus in der heutigen Form aber gar nicht aufrecht erhalten bleiben. Das heute so geschätzte Cachet des Qbus wird, unabhängig vom Stadtrat, verloren gehen.

Überdies ist voraussehbar, dass ein Neu- bzw. Umbau zu massiv höheren Mietzinsen führen wird. Nicht zu vergessen, dass dieser Neu- oder Umbau ebenso zu einem Benutzungsunterbruch führen wird, wie die Pläne des Stadtrates.

Ferner gilt es zu bedenken, dass die Erschliessung der rückwärtigen Parzelle mit Wohnungen zu einer Lärmproblematik führen wird, welche dem Stadtrat schon heute - beim Musikcontainer - zu schaffen macht.

Der Stadtrat hat die Planungsarbeiten für den Um- oder Neubau des Stadthofsaales zwischenzeitlich an die Hand genommen. Dieses Projekt stellt auch für den Qbus eine grosse Chance dar. Die Chance alle Nachteile der jetzigen Situation zu beseitigen und Planungssicherheit zu gewinnen. Packen wir also diese Chance, statt sie zu bekämpfen.

Frage 2:

Was kann der Stadtrat den betroffenen Veranstalterinnen und Veranstaltern heute als Alternative für die Zeit nach dem 31. März 2009 anbieten?

Antwort:

Das Mietverhältnis wurde zwischenzeitlich bereits um ein weiteres Jahr erstreckt, d.h. bis zum 31. März 2010. Damit wurde Zeit gewonnen, um gemeinsam - BetreiberInnen und Stadt - nach Zwischenlösungen zu suchen, bis die Kleinkunsthöhne im Stadthofsaal bezogen werden kann. Als Möglichkeiten werden zur Zeit das Zeughaus, das Restaurant Sonne oder eine Containerlösung diskutiert.

Allerdings - eine Zusammenarbeit setzt Vertrauen voraus. Wenn die Betreiberschaft in ihrem Orientierungsschreiben vom letztem Donnerstag wider besseres Wissen behauptet, ich zitiere «Die Unterzeichner der Petition wehrten sich gegen den stadträtlichen Entscheid vom Januar, den Mietvertrag mit dem Kulturraum Qbus im März 2009 auslaufen zu lassen und damit Qtopia und andere Kulturveranstalter auf die Strasse zu setzen», wenn die Betreiberschaft also ihre Mitglieder gezielt desinformiert und gegen den Stadtrat aufbringt, dann wird das Vertrauen erheblich strapaziert.

Frage 3:

Warum sollen nach Ansicht des Stadtrates die heutigen Hauptnutzer sich selber um eine nochmalige Verlängerung des Mietvertrages kümmern?

Antwort:

Diese Ansicht hat der Stadtrat nie vertreten oder kommuniziert. Die erneute Verlängerung des Vertrags bis zum 31.03.2010 kam denn auch auf Grund von Gesprächen des Stadtrates mit der Aktiengesellschaft «Brunner & Co» zustande.

Frage 4:

Wieso erachtet es der Stadtrat nicht als seine Aufgabe, erfolgreichen Kulturveranstaltern geeignete Örtlichkeiten bei einer grösstmöglichen Planungssicherheit anzubieten?

Antwort:

Meine Damen und Herren, genau dies tut der Stadtrat, indem er bei der Planung des optimierten Stadthofsaals den Bau einer zusätzlichen Kleinkunsthöhne vorsieht. Damit stellt er den erforderlichen

Raum zur Verfügung und beseitigt alle Unsicherheiten, welche einem Mietverhältnis mit Privaten nun einmal inne wohnt.

14. April 2008, M. Bornhauser, Stadtpräsident

Stellungnahme des Interpellanten Thomas Wüthrich:

Thomas Wüthrich hat die Antworten zum Teil so auch durch Gespräche erfahren. Zu Frage 2, dass der Mietvertrag verlängert wurde um weiter Zeit zu gewinnen für die Suche nach einer Übergangslösung: Störend ist, dass der Stadtrat doch kommuniziert, dass Qbus nicht mehr der Standort für die Zukunft ist und dabei nicht erwähnen, dass der Stadtrat eine Übergangslösung sucht. Er habe versucht aufzuzeigen, dass die Information nicht gut und die Kommunikation ungenau. Zuerst wurde absolut informiert und dann im nachhinein nachgebessert. Die Arealbesitzer wären sehr wohl offen gewesen für eine Integration des Qbus in eine zukünftige Überbauung. Betreffs befürchtetem Lärmproblem stelle sich die gleiche Frage ja auch beim Zeughausareal wo wohnen und Kultur nebeneinander geplant seien. Die Probleme bestünden ja auch beim Musik-Container. Die Informationen zu Frage drei hätte er auch so aus der Zeitung entnommen.

Zur Frage 4; er anerkenne die Arbeit des Stadtrates und diese Planung. Störend sei, dass in einem Fall in welchem die Wogen so hoch gingen, die Interessierten keine direkte Informationen erhielten. Eine gute Information an dieser Stelle würde helfen, dass Missverständnisse gar nicht aufkommen.

Er gebe sich mit der Antwort zufrieden.

Die Interpellation gilt damit als erledigt.

**10 Antrag des Stadtrates betreffend Einzelinitiative von Patricia Bernet betreffend
«Änderung der Bau- und Zonenordnung, Vision Energie 2050»
(Antrag Nr. 547)**

Der Rat stimmt ab, ob $\frac{1}{4}$ der anwesenden Mitglieder damit einverstanden sind, dass die Initiantin die Initiative vor dem Gemeinderat begründen darf.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 23 Stimmen,

dass die Initiantin ihre Initiative begründen darf.

Es referiert die Initiantin **Patricia Bernet**.

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Stadträte und Gemeinderäte, Medienschaffende und Gäste auf der Tribüne

Ich möchte mich bedanken, dass ich die Gelegenheit erhalten habe, ein paar Worte zur Initiative „Änderung der Bau- und Zonenordnung“ zu sagen.

Ich habe sie vorher nochmals durchgelesen. Und eigentlich gibt es dazu gar nichts mehr zu sagen! Ich danke Ihnen für das Annehmen der Initiative.

WEGLAUFEN

Aber vielleicht finden Sie, dass die Initiative nicht nötig ist,

- 1. weil es nichts bringt, wenn eine einzelne Stadt strengere Vorschriften erlässt – sie können mir glauben, ich würde gerne global handeln, aber Hand aufs Herz: genauso wenig wie Ihnen, ist mir das nicht möglich. Deshalb begnüge ich mich lieber sehr bescheiden mit einem kleinen Schritt in einer einzelnen Stadt.*
- 2. weil es nichts bringt, wenn nur jemand handelt – na ja, viel bringt das wirklich nicht, aber wenn mit und nach uns, noch jemand und dann noch jemand und dann noch jemand handelt – dann zeigt es doch Wirkung. Oder um ein anderes Beispiel zu nehmen: Ein Tropfen Wasser ist nicht viel. Aber was wäre ein Meer ohne Wassertropfen?*
- 3. Weil Sie das Gefühl haben, dass die Wirtschaft geschädigt wird: Es ist nie gut, zu den letzten zu gehören, die lernen und umdenken. Z.B. die Autoindustrie in Amerika: Aus vermeintlich wirtschaftlichen Gründen ist auf die Entwicklung und das Einsetzen von neuen Technologien verzichtet worden. Jetzt sind die Fahrzeuge nicht mal mehr gut genug, um sie in China abzusetzen, weil sie die Reinhaltevorschriften von China nicht erfüllen. Ob das im Sinne der Wirtschaft ist? Schaffen wir uns einen Vorsprung, fördern wir neue Technologien und Methoden und wenden sie an. Seien wir Pioniere!*
- 4. Vielleicht finden Sie, dass die Energie AG und die Stadt Uster bereits ausreichend daran sind Massnahmen umzusetzen. – Super, dann ist jetzt genau der richtige Zeitpunkt und wir rennen*

offene Türen ein, unterstützen die Stadt in Ihren Bemühungen und bestärken Sie in Ihrem Vorgehen.

- 5. Oder weil man nicht übertreiben muss und die Stadt Uster schon genug macht und das ist gut so. Aber ehrlich: was ist gut? Haben Sie zuhause einfach verglaste Fenster? Nein? Fahren Sie einen altes Automodell? Nein? Aber ein einfach verglastes Fenster erfüllt doch den Zweck und auch mit einem alten Auto kommen Sie vorwärts? Ah, aber für Sie selbst ist gut nicht gut genug?*
- 6. Weil Sie sagen, „ja, ich bin schon dafür, aber nicht so und nicht jetzt“. Das habe ich von aktiven Ustermer Gemeinderäten und Gemeinderätinnen auch schon gehört. Aber es sind bis heute keine Vorschläge eingebracht worden. Verzögerungstaktik bringt keinen Fortschritt.*
- 7. Vielleicht finden Sie auch, dass man zwischen der Wirtschaft und der Umwelt wählen muss. Im Film „an inconvenient truth“ von Al Gore, den Sie ja sicher in der Zwischenzeit alle kennen – Sie haben ihn ja geschenkt bekommen. Und einen geschenkten Film nicht ansehen, wäre fast unhöflich. Ausserdem wäre der Film eine hervorragende Vorbereitung für diese Diskussion gewesen, weil er viele Fakten liefert. Und ohne Kenntnis der Fakten kann man bekanntlich nur schlecht diskutieren. Auf alle Fälle wurde darin ein Bild gezeigt: Eine Waage: auf der einen Seite waren in der Waagschale Goldbarren, stellvertretend für die Wirtschaft. Die sind verlockend. Die hätte ich auch gerne! Und Sie? – In der anderen Waagschale war ... der gesamte Planet. Mmh. – Man muss nicht entscheiden. 1. wenn es keinen Planeten mehr gibt...! 2. Wenn man ökologisch das richtige tut, wird es die Wirtschaft ankurbeln, neue Technologien fördern, und die Ausgaben für die Begrenzung der Schäden verkleinern.*
- 8. Oder Sie denken, es gab schon immer Schwankungen in den Temperaturen und Wetterextreme. Das Problem ist, dass wir uns in einer exponentiellen Entwicklung befinden. Das betrifft die Bevölkerungszahl: innert Tausenden von Jahren nahm die Zahl der Bevölkerung kontinuierlich und langsam zu auf rund 2 Milliarden. Aber bis ca. 2040 werden es 9 Milliarden sein! Das ist eine neue Voraussetzung. Dasselbe gilt für den Temperaturanstieg, die Temperatur des Meeres, den CO₂-Gehalt in der Luft. Wir haben es nicht mehr mit einer natürlichen Schwankung zu tun, sondern mit einer massiven Veränderung und aufgrund der Bevölkerungszahl und dem heutigen Lebensstandard, Mobilitätsverhalten etc. etc. stark veränderte Voraussetzungen. So dass eine Anpassung an die neuen Voraussetzung zwingend erforderlich geworden ist.*
- 9. Vielleicht sind Sie gleicher Meinung wie Herr Regierungsrat Kägi und finden eine gesamtschweizerische Lösung ab 2009 besser. Das finde ich auch! Aber ich glaube, wir wissen alle, dass diese Lösung nicht im 2009 kommen wird. Denken wir nur an das schweizerisch einheitliche Schulsystem oder die einheitliche Steuerabgabe. Deshalb lieber jetzt agieren als bis auf unbestimmte Zeit warten.*
- 10. Oder Sie denken: „Neue Vorschriften! – Auf gar keinen Fall.“ Bedenken Sie einerseits: Unser gesamtes Leben ist von Vorschriften geleitet: die gesamte Gesetzgebung, sämtliche Vorschriften im Verkehr, Vorschriften im Schulsystem etc. Andererseits: Denken Sie positiv: Mit dieser neuen Vorschrift schaffen Sie für die Endnutzer – nämlich die Mieter oder die Eigentümer – Einsparungen im Energiebereich. Da die Energie immer teurer wird, werden auch Einsparungen immer interessanter. Schaffen wir auf dem Wohnungsmarkt von Uster einen Standortvorteil.*

Ein paar Aussagen.

- *Schweden hatte seit 1970 ein Wirtschaftswachstum von über 100%, aber eine CO2 Reduktion von 40%. – Ah, das geht!! - Die Umweltfreundlichkeit wird als Wettbewerbsvorteil genutzt. Sagt Per Thöresson Schwedischer Botschafter*
- *Fast die Hälfte von den Energieproblemen wird durch das Bauen verursacht. Es braucht Zielvorgaben, sonst bleibt man stehen im Leben. Sagt Andrea Deplaces, Prof. für Architektur ETH Zürich*
- *Als Investor profitieren Sie, wenn Sie in neue Technologien investieren. Sie verschaffen sich damit einen Vorsprung am Markt und eine nachhaltig gesicherte Rendite. Sagt Martin Hofmann, Geschäftsleitung Allreal Generalunternehmung AG*
- *Im Leben geht man oft in die falsche Richtung. Man muss lernen, eine andere Richtung einzuschlagen, um ans Ziel zu kommen. Beim Ballonfahren werden Ballaste abgeworfen. Das sollte man auch im Leben tun: alte Überzeugungen, Paradigmen, alte Techniken und Gewohnheiten machen schwer. Ballast abwerfen, sich neu orientieren! Sagt Bertrand Piccard.*
- *Wirtschaftsleute kämpfen gegen Massnahmen – aber sie werden die ersten sein, die Probleme haben werden. Sagt Bertrand Piccard*
- *Entscheiden Sie selbst: Wollen Sie zu den Leuten gehören, wo die Gelegenheiten nicht wahrnehmen? Oder möchten Sie doch lieber zu den Pionieren gehören? Die Pioniere, wo die Führer sein werden? Sagt Bertrand Piccard.*

Hand aufs Herz. Wenn Sie ehrlich sind, können Sie gar nicht anders als dieser Initiative zustimmen. Und ich danke Ihnen dafür.

Stadtrat Hans Streit; sr bau und zonenordnung vision 2050. im heutigen zeitpunkt abstand nehmen, generelle zielsetzung wird getragen vom sr. rechtliche umsetzung gestaltet sich schwierig hauptakteur kanton. regionale richtl. richten sich danach.

Hans Streit gibt die Stellungnahme des Stadtrates ab.

Die generellen Zielsetzungen der Einzelinitiative werden durch den Stadtrat getragen. Die rechtliche Umsetzung indes über eine Revision der Bau- und Zonenordnung gestalte sich eher schwierig. Hauptakteur bei der Gesetzgebung sei der Kanton. Dabei könne davon ausgegangen werden, dass im Jahr 2009 neue verschärfte kantonale Vorschriften im Energiebereich erlassen würden. Diese gälten vorerst für Neu- und Umbauten.

Der Gestaltungsspielraum für die Stadt Uster liege nicht in der Regelbauweise, sondern vornehmlich bei den Sonderschutzplänen. In diesem Zusammenhang habe der Stadtrat im Sinne einer verwaltungsinternen Anordnung beschlossen, dass bei Arealüberbauungen, Gestaltungsplänen, Sonderbauvorschriften und Architekturwettbewerben ein Minergie-Standard anzustreben sei. Andere Möglichkeiten für den Stadtrat bestünden im Rahmen der Energieberatung und anderen Massnahmen, welche durch die Fachgruppe Energie der Stadt Uster begleitet werden.

Des Weiteren komme hinzu, dass eine Revision der Bau- und Zonenordnung eine äusserst umfangreiche Arbeit darstelle. Der Regierungsrat habe die Baudirektion beauftragt zu prüfen, ob das PBG teilrevidiert werden solle. Es werde davon ausgegangen, dass demnächst ein neues PBG zur Diskussion stehe. Die Erfahrungen der vergangenen Jahren hätten gezeigt, dass solche Gesetzesänderungen auch auf eine Revision der kommunalen Bauordnung durchschlagen. Dies wäre dann der Zeitpunkt, um eine umfassende Revision der Nutzungsplanung ins Auge zu fassen. Dass dann auch energetische Fragen zur Diskussion stünden, verstehe sich aufgrund der laufenden politischen Diskussion von selbst.

Für die SP-Fraktion referiert **Balthasar Thalmann**.

*Herr Präsident,
Geschätzte Anwesende*

Die SP-Fraktion unterstützt die Einzelinitiative von Patricia Bernet, weil sie unbestrittenermassen in die richtige Richtung zielt.

Die Stadt Uster steht in der Pflicht, mit Energie sorgsam umzugehen. Ich sehe in diesem Zusammenhang drei strategische Handlungsfelder für die Stadt.

- 1. Energieversorgung: Als Alleinaktionärin der Energie Uster AG kann die Stadt Uster die Energieversorgung in eine zukunftsgerichtete, d.h. nachhaltige Richtung lenken.*
- 2. Die Stadt muss bei ihren eigenen Projekten energie- bzw. klimabewusst handeln, sei als Bauherrin, als Betreiberin von Hochbauten, als Bestellerin von Verkehrsleitungen etc.; und*
- 3. muss die Stadt über Anreize und Vorschriften auch die Privaten zu einem sorgsameren Umgang mit Energie bringen. Zu dieser Kategorie zählt diese Initiative.*

Uster kann im Bereich Planen und Bauen stolz auf einige Vorzeigeobjekte sein. Sie kann aber nicht stolz auf ihre Bau- und Zonenordnung sein. Denn nur ein kleiner Vergleich unsere Bau- und Zonenordnung mit anderen Gemeinden zeigt, dass in Sachen Energie unsere BZO noch einige Defizite aufweist. Einer Stadt, die das Label Energiestadt trägt ist das eigentlich nicht würdig.

Wie die Initiantin bereits aufgezeigt hat, sind verschiedene Lösungsansätze denkbar. Diese Einschätzung teilen wir. Wenn wir beispielsweise die Vorschriften zur Arealüberbauung betrachten, wird ziemlich schnell klar, dass wir für eine fortschrittlichere Bau- und Zonenordnung nicht doppelte Saltos mit Schrauben machen müssen. Was vor 10 Jahren als aufwändig und unverhältnismässig betrachtet wurde, ist heute kein Problem mehr. Es ist deshalb an der Zeit, unsere BZO dieser neuen Situation anzupassen.

Die SP-Fraktion hofft, dass diese Chance genutzt wird und sich Uster auch in diesem Bereich unter den fortschrittlichen Gemeinden positioniert. Wir stimmen der Initiative deshalb zu.

Für die Grünen referiert **Simone Michel**.

Stellungnahme Einzelinitiative 547 „Änderung der Bau- und Zonenordnung, Vision Energie 2050“

Ob durch das Erreichen der Ziele des Kyotoprotokolls, der Klimainitiative der Grünen oder der Vision einer 2000W Gesellschaft, die Ziele der diversen Mittel sind im Grunde dieselben: Die CH muss ihren Beitrag leisten, eine globale, menschengemachte Klimaerwärmung so weit als möglich zu verhindern. Die Bilanz der Umsetzung dieser Stossrichtungen ist enttäuschend, der CO2-Ausstoss der CH ist in den letzten 15 Jahren ungefähr stagniert.

Bis jetzt sind die heute vorhandenen technischen Möglichkeiten, um das Steuer herumzureissen, nur ungenügend eingesetzt worden. Die Umsetzung auf der lokalen Ebene lässt zu wünschen übrig. Diese Vorlage hat das Potential, dies für Uster zu ändern.

Wichtigste Quelle für den CO2-Ausstoss in der CH ist neben dem motorisierten Individualverkehr der Energiebezug zum Heizen mit fossilen Energieträgern. Weil Gebäude für lange Zeit gebaut werden, sind Versäumnisse in der Qualität jahrzehntelang von Belang und somit eine Hypothek für kommende Generationen. Es ist deshalb dringend darauf zu achten, dass die Gebäudehüllen und die Wärmenut-

zung so optimiert werden, dass der Wärmeverlust minimal ist. Zudem ist die Nutzung von nicht fossilen Energieträgern zu bevorzugen und zu unterstützen.

Es ist äusserst sinnvoll und notwendig, in der Bau- und Zonenordnung die entsprechenden Vorschriften zu erlassen, damit die nötige Minimierung des Co2-Ausstosses schnellstmöglich erreicht werden kann. Es wird einen ganzen Katalog an Massnahmen benötigen, um den Weg in diese Richtung konsequent einschlagen zu können, und es wird kein einfacher Weg sein. Es wird viel Mut und Innovationen brauchen. Es ist notwendig, alles heute schon Machbare umzusetzen und sich an Neues zu wagen.

Was die Energie-Initiative der Grünen auf nationaler Ebene fordert, kann mit der Einzelinitiative von Patricia Bernet im Detail für Uster umgesetzt werden.

Eine wichtige Anmerkung ist von grüner Seite zu machen:

Die Grünen teilen die im Energiebericht vertretene Ansicht nicht, die Atomenergie sei CO2-neutral. Gerade der Abbau und die Anreicherung des Urans sowie der Bau eines AKW selbst verursachen einen gewaltigen CO2-Ausstoss. Überdies ist die Problematik der Entsorgung von Brennstäben und stillgelegten Reaktorkomponenten nicht gelöst. Und unter dem Strich sind AKW deshalb so unwirtschaftlich, dass sie nur schon aus Wirtschaftlichkeitsgründen keine zu verfolgende Alternative zur Energieerzeugung darstellen. Wir Grünen distanzieren uns ganz klar von dieser Dimension einer vermeintlichen „Lösung“ zur Reduktion des Co2-Ausstosses in der CH.

Wir bitten Sie aber, die vorliegende Einzelinitiative zu unterstützen.

Simone Michel

Benno Scherer erläutert, dass die Stadt Uster die Vorschriften bezüglich Wärmedämmung nicht verschärfen kann. Nächste Woche folge eine Publikation vom Kanton. Vorgesehen seien Vorschriften ab nächstem Jahr, dass Neubauten nur noch im Minergiestandard erstellt werden dürften. Er stellt die Frage ob diese Einzelinitiative umgesetzt werden könne – und beantwortet die Frage gleich mit nein. Es sei aber sehr wohl möglich, in Uster etwas zu machen Richtung Energie. Deshalb reiche er noch heute ein Postulat ein um Uster von der Energiestadt zur Energiestadt «GOLD» werden zu lassen.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 17 Stimmen

- 1. Die Initiative vorläufig zu unterstützen.**
- 2. Sowie dem Stadtrat zur Prüfung der Rechtmässigkeit sowie Berichterstattung und Antragsstellung zu überweisen.**

Die nächste Gemeinderatssitzung findet am 2. Juni 2008 statt.

Schluss der Sitzung
Eigenschaft. Uhr

Fehler! Unbekannter Name für Dokument-

Für das Protokoll

Die Parlamentssekretärin
Kathrin Lackner

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugen

Datum

Der Präsident
Rudolf Locher

Datum

Die Stimmenzähler/innen:

Stefan Feldmann

Walter Meier

Andres Kunz